

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

8.3.1929 (No. 57)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beibringung, und Konturverfahren fällt der Karlsruher Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sympathie, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. - Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksheftblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Minderheitsdebatte

Weiterberatung im Juni

Die Minderheitsdebatte vor dem Genfer Völkerbundsrat hat am Donnerstagnachmittag ihren Abschluß gefunden. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der der Berichterstatter Abadi den Auftrag erhält, über die fanatischen und deutschen Anträge sowie die in der Diskussion vorgebrachten Gesichtspunkte einen Bericht für die Juni-Sitzung auszuarbeiten. Die Vertreter Englands und Spaniens werden den Berichterstatter dabei unterstützen. Dieser Dreierausschuß kann sowohl von den Regierungen der Staaten mit Minderheitsverträgen, wie von allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes dazu Vorschläge und Bemerkungen entgegennehmen. Diese Meinungsäußerungen müssen bis zum 15. April dem Völkerbundssekretariat eingeschickt werden. Außerdem kann der Dreierausschuß jegliche ihm nützlich erscheinende Informationen entgegennehmen oder einholen. Einige Tage vor der Juni-Sitzung des Rates wird sodann der Völkerbundsrat als Ratkomitee zusammentreten, um den Bericht des Dreierausschusses einer ersten Prüfung zu unterziehen.

Diese Lösung ist ein Kompromiß, weil man sich nicht zu einigen vermochte über die Zusammenfassung eines kleineren Studienausschusses mit Einbezug der beiden Antragsteller Dandurand und Stresemann. Der Völkerbundsrat als Ratkomitee erhält auch nur den Charakter eines Studienausschusses mit keinerlei Entscheidungsrecht und -verpflichtung. Was der Völkerbundsrat als Ratkomitee prüft und diskutiert, stellt rechtlich noch keinerlei offizielle Handlung des Völkerbundes dar, wenn auch die gleichen Personen dabei mitwirken. Dadurch wird jedoch Außenminister Stresemann an allen Vorbereitungen teilnehmen können, da der Dreierausschuß seine Tätigkeit kaum über die Sammlung und erste Sichtung des Materials hinaus erstrecken wird. Das vorläufige Ergebnis der allgemeinen Minderheitsberatung wird in der „Frankf. Ztg.“ wie folgt zusammengefaßt:

- 1. Sämtliche von Dr. Stresemann und Dandurand gemachten Vorschläge und Anregungen sind zum Studium entgegengenommen worden.
2. Der Versuch der Gegner dieser Anträge, deren Prüfung während der Tagung kurzweg zu erledigen und die Vorschläge in der Hauptsache abzulehnen, das heißt die ganze Frage als Bagatelte zu behandeln, ist mißlungen.
3. Ebenso konnte verhindert werden, daß die Prüfung nur einem Dreierausschuß des Rates übertragen würde, wodurch sämtliche Ratmitglieder Gelegenheit erhalten, schon an den weiteren Beratungen der ganzen Frage teilzunehmen.
Die nächste Ratstagung im Juni wird voraussichtlich in Madrid stattfinden.

Ein schweizerischer Kommentar

W.D. Genf, 8. März (Tel.) In einem Kommentar zu der geistigen Revolution des Völkerbundes bemerkt die „Neue Züricher Ztg.“: Das beschlossene Verfahren kommt dem Wunsch Deutschlands entgegen, möglichst viele Staaten an der Vorbereitung des Berichts zu beteiligen, bevor er endgültig vor den Rat kommt. Angesichts der vorhandenen Schwierigkeiten und der delikaten Art des Problems kann der gesunde Ausweg befriedigen. Es kann jedenfalls gesagt werden, daß die Führer der Minderheitsbewegung die Resolution nicht ungünstig beurteilen, weil sie keinen Stillstand, sondern einen Fortschritt bedeuten. Die Kompetenz der mit der Voruntersuchung betrauten Instanz ergibt eine umfassendere und allseitige Prüfung der fanatischen und deutschen Anregungen. Die Rollen hätten die Debatte am liebsten ganz erfüllt. Die bisherige Debatte hat wenigstens in bezug auf die Assimilationslehre, die Nello Franco vor einigen Jahren vor dem Rat vertreten konnte, bereits eine erfreuliche Aufklärung in gutem Sinne gebracht.

Wirtschaftsfragen im Völkerbundsrat

Der Völkerbundsrat genehmigte die zum Teil umfangreichen Berichte über die Tätigkeit des Wirtschaftskomitees und des Opiumausschusses, ferner über den Stand der Vorarbeiten zur fortgeschrittenen Kodifizierung des internationalen Rechts und zur Einberufung einer entsprechenden Konferenz, die für das nächste Frühjahr beschloffen wurde, sowie über die Vorarbeiten zur Erteilung international gültiger Identitätskarten an Auswanderer. Hierzu bemerkte Staatssekretär von Schubert, daß Deutschland grundsätzlich auch weiterhin für die allgemeine Abschaffung der Passpässe eintrete.

Bei der Behandlung des von dem deutschen Ratmitglied erstellten Bericht über die letzte Tagung des Wirtschaftskomitees wurde festgestellt, daß die bisherigen Untersuchungen einen nützlichen Einblick in die Kompliziertheit dieses Problems gebracht haben und die Fortsetzung zweckmäßig erscheinen lassen. Besonderer Nachdruck wird in dem Bericht des deutschen Ratmitglieds auf die Notwendigkeit der baldigen Ratifizierung des Abkommens zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote gelegt, da deren Inkrafttreten von der rechtzeitigen Ratifizierung von mindestens 18 Staaten bis zum 30. September 1929 abhängt. Bis heute haben nur Belgien ratifiziert; andere 8 Staaten, darunter Deutschland, seien im Begriff, die Ratifizierung vorzunehmen. Briand und Chamberlain stellten die baldige Annahme dieses Abkommens auch durch Frankreich und England in Aussicht. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine internationale Aktion zur Behebung der Schwierigkeiten auf dem internationalen Kohlenmarkt möglich werde.

Ein polnisch-rumänisches Geheimabkommen? Nach der Mitteilung einer slowener Zeitung, soll zwischen Polen und Rumänien ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sein, der sich gegen Rußland und Litauen richtet.

Letzte Nachrichten

Der Notetat im Reichsrat

W.D. Berlin, 8. März (Tel.) Die Ausschüsse des Reichsrates haben heute vormittag den Notetat beraten. Morgen mittag wird sich die Vollversammlung des Reichsrates mit dem Entwurf beschäftigen.

Der Brüsseler Gesandte nach Berlin berufen

pr. Berlin, 8. März (Priv.-Tel.) Der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Fortmann, wird, der „B. Z.“ zufolge, zur Richterstattung über die Veröffentlichungen des „Arbeits Tagblatt“ in Berlin erwartet. Das auswärtige Amt wünscht weitere Informationen über alle mit der Affäre zusammenhängenden Einzelheiten zu bekommen.

Ein schwerer politischer Zusammenstoß

W.D. Weide (Hofstein), 8. März (Tel.) In dem im Süderdarmstädter gelegenen Orte Weiden kam es gestern abend anlässlich einer von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Die Kommunisten, die sich in großer Überzahl befanden, griffen die Nationalsozialisten an, und es entwickelte sich eine heftige Schlägerei, in deren Verlauf zwei Nationalsozialisten durch Stiche getötet wurden. Auch ein Kommunist blieb tot auf dem Platz. Außerdem wurden sieben Verletzte, darunter ein Schwerverletzter, ins Heider Krankenhaus gebracht. Die Versammlung war verboten, weil es schon vor einigen Tagen bei einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten gekommen war, bei dem auch mehrere Personen verletzt worden waren.

Die französische Attentatveröffentlichung

W.D. Paris, 8. März (Tel.) Laut „Reit Parisien“ kündigt der mit der Vorbereitung der französischen Attentatveröffentlichung beauftragte, beim Außenministerium eingesetzte Ausschuß das baldige Erscheinen der ersten drei Bände dieses 50 Bände umfassenden Werkes an. Die Attentatveröffentlichung wird in drei Abschnitte eingeteilt: 1871/1900 (Siege Bismarcks, Bildung des Dreierbundes), 1901/4. November 1911 (Bildung der Triple-Allianz, Agadir), 4. November 1911/1914 (italienisch-türkischer Krieg, Balkankonflikte, Attentat von Sarajewo). Die zunächst erscheinenden drei Bände sind die ersten Bände eines jeden dieser drei Abschnitte.

Drohender Studentenstreik in Spanien

W.D. Paris, 8. März (Tel.) Wie dem „Journal“ aus Madrid gemeldet wird, soll der Vorstoß des Studentenverbandes für heute mit einem Studentenstreik gedroht haben. Er habe dem Rektor erklärt, wenn die Regierung entschlossen sei, die Staatsgewalt gegen die Studenten anzuwenden, würden die Studenten die Universität in Brand stecken. Die Ursache der Erregung soll darin zu suchen sein, daß die Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultät mit der neuen Prüfungsordnung nicht einverstanden sind.

Präsident Hoover gegen die neuen Einwanderungsquoten

W.D. Washington, 8. März (Tel.) Die Senatoren Aye undrazier (Norddakota) hatten gestern mit Präsident Hoover eine Unterredung. Nach dieser Besprechung erklärten die Senatoren, der Präsident werde vom Justizminister ein Gutachten einfordern, ob er nach dem Einwanderungsgesetz verpflichtet sei, die neuen Quoten, gegen die er sich im vorigen Jahre selbst öffentlich ausgesprochen habe, zu proklamieren.

Die Kriegsgefahr zwischen Nanking und Hankau beseitigt

W.D. London, 8. März (Tel.) „Times“ meldet aus Shanghai: Die Gefahr eines Krieges zwischen Nanking und der Wuhan-Gruppe (Hankau) scheint vorläufig beseitigt zu sein, obwohl die hauptsächlichsten Schwierigkeiten noch nicht beigelegt sind.

Die Lage in Mexiko

W.D. New York, 8. März (Tel.) Wie aus Mexiko gemeldet wird, wird in weiteren Regierungserklärungen bekanntgegeben, daß sich der Feind in völliger Auflösung befindet und überall von panischem Schrecken erfaßt sei. Außer anderen wichtigen Städten befanden sich auch Orizaba, Cordova und Jalapa wieder in den Händen der Bundesstruppen. Weiter wird die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs mit Arado in Texas angekündigt.

Nach einer Mitteilung des Führers der Aufständischen in Sonora, des Generals Vorquez, haben die Revolutionäre den Staat Sinaloa, südlich von Sonora, an der Küste des Stillen Ozeans, in Besitz genommen. Die katholischen Kirchen in Sonora gelehrteten gestern zum ersten Male seit 1926 Hochämter. Trotz vereinzelter Erfolge der Aufständischen herrsche in New York der Eindruck, daß die Regierungskräfte allmählich die Oberhand gewinnen.

W.D. Mexiko, 8. März (Neuter.) (Tel.) General Jesus Lopez, der bormalige Befehlshaber der Militärpolizei der Stadt Mexiko, wurde gestern früh im Hofe des Nationalpalastes als Aufständischer erschossen, weil er versucht hatte, die im Staate Michoacan unter seinem Befehl stehenden Truppen zur Beteiligung an dem Aufstand zu veranlassen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Notlage des Lokomotivbaus - Künstliche Wolle - Der deutsche Automobilbau und das Ausland - El- und Kalifriede

Die Notlage der deutschen Lokomotivbauindustrie, von allem hervorgerufen durch die geringen Aufträge, welche die Reichsbahn zu verteilen hat, haben nunmehr zum Ende des badischen Lokomotivbaues geführt. Die einzige badische Lokomotivbauanstalt, die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, die bereits 1841 die erste überhaupt in Deutschland gebaute Lokomotive herstellte, hat schon vor einiger Zeit mit der Hohenzollern-N.-G., Lokomotivbau Düsseldorf, eine Interessentenvereinbarung vereinbart, wonach der Bau von Dampflokomotiven der Düsseldorf Fabrik übertragen wird, wofür Karlsruhe andere Aufträge als Ersatz erhält. Dieses Abkommen hat nun unter gewissen Vorbehalten die bisher noch ausstehende Zustimmung der badischen Regierung gefunden und kann somit in Kraft treten. Die badische Quote beträgt rund 1,37 Proz. und war praktisch so gering, daß schon seit dem neuen Jahr in Karlsruhe der Lokomotivbau stillstand. Mit dem Eingehen der vereinbarten Ersatzaufträge hofft die Karlsruher Maschinenbau-N.-G. ihre gegenwärtige Arbeiterzahl sogar erhöhen zu können.

Das Karlsruher-Düsseldorfer Abkommen ist im Verlauf des in der Lokomotivindustrie selbst vorgenommenen Konzentrationsprozesses erforderlich, nachdem die Lokomotivbestellungen der Reichsbahn auf ein Minimum gesunken sind. Seit längerem bemüht sich diese Industrie, wenigstens so viel Aufträge hereinzubekommen, um über die nächsten kritischen Jahre hinweg ihre Einrichtungen durchhalten zu können. In einer Eingabe an den Reichstag bittet die Industrie, auf die Reichsbahn hinzuwirken, daß die für die nächsten Jahre zu erwartenden Lokomotivbestellungen vorweggenommen werden, wobei sich die Industrie verpflichtet, der Reichsbahn in Anbetracht ihrer schwierigen Finanzlage 100 Lokomotiven für 15 Millionen Reichsmark zu kreditieren.

Die weitere Entwicklung der Kunstseide herstellenden Industrien ist eine Qualitätsfrage. Während die deutsche Kunstseidenindustrie zur Zeit noch gut beschäftigt ist, kommen aus dem Ausland Warnungszeichen, die wohl darauf hindeuten, daß verschiedentlich bereits eine allzugroße Produktionsausweitung vorgenommen wurde. Die Berichte der großen englischen, belgischen und italienischen Gesellschaften klagen über die schwieriger werdenden Absatzverhältnisse, die bei der italienischen Enia Discosa wieder einen Verlustabschluß zur Folge hatten. Die von der Mode lancierte und begünstigte Kunstseide zeigt für die eigentlich praktischen Verwendungszwecke auch in den besten Qualitäten noch Mängel, weshalb die Naturfaserstoffe doch in großem Umfang ihr Feld behaupten konnten. Aus diesem Grund ist, zumal Deutschland in größtem Maß auf den Naturfaserbezug aus dem Ausland angewiesen ist (Wolleinfuhr 1927 300 Millionen Reichsmark), eine deutsche in Baden gemachte Erfindung zu begrüßen, über die kürzlich berichtet wurde.

Der Zellstofffabrik Waldhof-Mannheim ist es nach vierjährigen Versuchen in Zusammenarbeit mit Textilfachleuten gelungen, auf der Grundlage der aus Zellstoff hergestellten billigen Kunstseidefaser eine künstliche Wolle zu gewinnen, die gleich der Naturwolle aus zahllosen, kurzen Fasern besteht und demgemäß weicher und durch die zwischen den Fasern liegenden Luftschichten wärmehaltiger ist. Es handelt sich hier also um eine Fortführung der in der Kriegszeit gemachten, aber damals unbefriedigend verlaufenen Versuche. Das Verfahren zur Großproduktion ist bereits ausgebaut und in Verbindung mit pfälzischen Textilindustriellen eine „Wolleidengesellschaft m. b. H., Mannheim“ begründet worden. Der Preis soll etwa dem der Kunstseide der gleichen Art entsprechen und 50 Proz. niedriger als der von Schafwolle sein. Die Verarbeitung des gleichmäßigen Produkts ist einfacher als die der verschiedenartigen Schafwollqualitäten. Bei Tragversuchen sollen sich die zu Versuchszwecken hergestellten Stoffe gut bewährt haben.

Seit längerem sind in England Versuche im Gange, den Naturfaserstoffen, vor allem der Baumwolle, einen anderen gleichwertigen Naturfaserstoff entgegenzustellen, der im gemäßigten Klima gewonnen werden kann. Es handelt sich nach dortigen Berichten um eine Feldbau-

Mit der Beilage: 15. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

mähig zu gewinnende Pflanze, die den Namen „Brotz-pflanze“ erhalten hat und deren Samen sich auch als Fut-ter eignen sollen. Eine mit einem Aktienkapital von 20 Mill. Reichsmark gegründete Gesellschaft will den Anbau und die Verarbeitung dieses neuen Futterstoffes finan-zieren.

Es scheint nun, daß trotz aller vorhergegangenen De-mentis ein Zusammenschluß der größten deutschen Auto-mobilfabrik, der Opelwerke in Rüsselsheim, welche die Hälfte aller deutschen Automobile herstellen, mit der größ-ten amerikanischen Automobilfabrik, den Generalmotors, auf dem Wege ist. Auch die Opelwerke stellen jetzt solche Verhandlungen nicht mehr in Abrede. Man kann hier nicht recht von einem Überfremdung sprechen, denn es han-delt sich nach den vorliegenden Nachrichten um eine Zusam-menarbeit unter Heranziehung amerikanischer Kapitals, die auch eine sehr beachtliche positive Seite für die deutsche Inlandbeschäftigung hat. Durch die Zusammenarbeit wird auf jeden Fall der Konkurrenzkampf des Auslandes verringert, unter dem die deutsche Automobilindustrie so schmerzlich zu leiden hat und der deutschen Wirtschaft weitere aufreibende Kämpfe erspart, bei denen sie infolge ihres Kapitalmangels immer eine schwierige Position haben wird. Da die Opelwerke weiterhin ein fabrikatorischer Vollbetrieb bleiben sollen, nicht etwa eine Montagewerks-stätte für amerikanische Autoteile werden, wird sich dadurch die Automobilherstellung in Deutschland eher ver-größern als sich verringern.

Im vergangenen Jahr waren Bestrebungen im Gange, eine Zusammenarbeit der englischen, französischen und italienischen Automobilindustrie gegen Amerika herbeizu-führen, denen auch deutsche Automobilinteressenten zu-stimmten, wie ja bekanntlich auch die italienischen Fiat-werke sich mit Mercedes zusammengeschlossen, um an der Sanierung dieses Unternehmens mitzuwirken. Die Ver-mehrung der Auslandsbeteiligungen in Deutschland liegt daran, daß es unserer Industrie an Kapital fehlt und ist auch eine Folge der dauernden Kapitalentzüge durch die Reparationsbelastungen. In Deutschland wird seit lan-gem die Selbsthilfe durch weiteren inländischen Zusam-men-schluß der Automobilindustrie verlangt, um zunächst die deutsche Industrie zu einem gefunden, gleichwertigen Kontrahenten zu machen, ohne daß man freilich damit merklich vorwärtsgekommen wäre. Es zeigt sich somit hier vorerst ein Bild ganz uneinheitlicher Entwick-lungstendenzen.

Auf dem Gebiet eines der wichtigsten Rohstoffe der Welt, dem Erdöl, ist es nun zu einem bemerkenswerten geschäftlichen Friedensschluß gekommen. Zwischen dem größten europäischen Ölkonzern, der unter Leitung von Sir Henry Deterding stehenden englisch-holländischen „Royal Dutch Shell“ und der russischen Erdölindustrie ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach das rus-sische Erdöl wieder in England abgenommen und ohne Erschwerungen dem Detailhandel zugeführt wird, sowie eine gemeinsame Preis- und Absatzpolitik getrieben werden soll. Zu begrüßen ist dieses Abkommen nicht unbeding-t, denn Deutschland ist Einfuhrland für Erdöl und die bereits von den englischen Erdölgesellschaften be-schlossenen Preiserhöhungen werden dazu dienen, die Kosten des nun beendeten Weltkriegs zu decken. Deterding hatte die russische Konkurrenz, die ihm durch Preis-unterschieden auf dem Weltmarkt, besonders im Orient (Indien), sehr unbequem geworden war, haupt-sächlich mit politischen Methoden bekämpft, indem er nach Hinweis auf die Sozialisierung der russischen Öl-felder und die Nichtentschädigung der ausländischen Mit-besitzer von gestohlenem Öl sprach. Damit hatte er eine Boykottbewegung für russisches Öl in die Wege geleitet, indem im britischen Reich Detailhändler, die das von der englischen Vertriebsgesellschaft des russischen Ab-taktsyndikats bezogene Öl veräußerten, von den andern Öl-gesellschaften den Rabatt für ihre Produkte entzogen und die Russen dadurch zu Preisnachlässen gezwungen wurden. Er hatte freilich nicht verhindern können, daß die Amerikaner russisches Öl kauften und im britischen Weltreich vertrieben. In dem jetzigen Friedensschluß, der als eine Niederlage Deterdings angesehen werden kann, ist keine Rede von russischen Entschädigungen an die ausländischen Anteilhaber, und der britische Trust wird nun den Russen wieder große Mengen an Erdöl und Ölprodukten abnehmen.

Ein anders gearteter, nun zustande gekommener inter-nationaler geschäftlicher Friedensschluß ist der Kalifriede, der gleichfalls nicht mit dem Sieg des Angrei-fers, nämlich der amerikanischen Regierung, endete. Zwi-schen dieser und der deutsch-französischen Kalivereinigung kam es zu einem Vergleich, wonach das auf Grund der Antitrustgesetze gegen die deutschen und französischen Kalivertriebsgesellschaften in Amerika eingeleitete Ver-fahren eingestellt wird. Diese, die ja tatsächlich zusam-men immer noch das Weltmonopol für Kali besitzen, mußten sich verpflichten, in Amerika keine Preisverein-bungen zu treffen, wodurch die Käufer verschieden be-handelt wurden, und ferner die Verpflichtung eingehen, die Preise auf der Basis einer normalen Entwicklung der ganzen Industrie festzusetzen. Daß ihnen aber das Recht zugestanden wird, in Europa die Organisation ihres Auslandsabzuges nach den Gesetzen ihrer Staaten durch-zuführen, zeigt, daß man im New Yorker Bundesgericht lediglich in der Hauptsache nach Worten suchte, um den Rückzug und die Rücknahme der Anklage zu ermöglichen.

Der geplante Reparationsaufsichtsrat

Ein amerikanischer Plan für Kommerzialisierung Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen veröffentlicht be-merkenswerte Einzelheiten über den im Reparationsfachver-ständigenausschuß vorgeschlagenen Zentralorganismus für die künftige Durchführung der Reparationen.

Danach soll der Vorschlag gemacht werden sein, als oberste Leitung dieser Zentralinstanz, die etwa den Charakter eines internationalen Clearing-House tragen soll, einen Ausschuß aus neun Mitgliedern zu bilden. In diesem Ausschuß sollen die Gläubigerationen vier Sitze und Deutschland zwei Sitze erhalten. Zwei weitere Sitze sollen von Mitgliedern der internationalen Handelskammer eingenommen werden, während die Vereinigten Staaten das neunte Mitglied stellen, dem für einen gewissen Zeitraum das Präsidium übertragen werden soll. Dieser leitende Ausschuß würde eine Art Reparations-aufsichtsrat darstellen. Von deutscher Seite soll noch angeregt worden sein, daß von Deutschland, Frankreich, England, Ita-lien und Belgien die Leiter oder die Stellvertreter der Noten-banken dieser Länder in den Zentralausschuß delegiert wer-den.

Des weiteren berichtet die „Bergwerkszeitung“ über einen Vorschlag amerikanischer Finanzfachverständigen, der in den Vordergrund der Pariser Reparationsverhandlungen gerückt sei. Dieser Vorschlag gehe von der Voraussetzung aus, daß Deutschland acht Milliarden Dollars aufbringen könne. Hier-von würden zunächst 2 Milliarden Dollars zu Kommerzialisie-ren sein, wobei auch an die Möglichkeit von Umtauschoperatio-nen im Staatsanleihefonds der alliierten Länder gedacht sei. Weitere 6 Milliarden Dollars sollen nach diesem Vorschlag durch eine neu zu schaffende Reparationsstreifenhandels-stelle gehalten werden. Ihre Kommerzialisierung soll zu günstigen späteren Zeitpunkten durchgeführt werden. Die erste Tranche der auszugebenden Bonds soll mit 6 Proz. verzinst werden, während für die weiteren Tranchen eine Ermäßigung der Zinssätze vorgeschlagen sei.

Ein Plan zur Deutung der deutschen Ausfuhr Der Pariser Berichterstatter von „Derald and Tribune“ will erfahren haben, daß eine der bemerkenswertesten Aufgaben der geplanten Reparationsbank die Auflegung von Anleihen für verschiedene, namentlich europäische Länder sei, denen da-durch ermöglicht würde, mit deutschen Industrielkonzernen Ver-träge abzuschließen. Auf diese Weise soll für eine Reihe von Jahren für Deutschland ein Ausfuhrüberschuß gesichert wer-den. Ein derartiger Vorschlag, der zuerst vom Reichsamt-präsidenten Dr. Schaft gemacht worden sei, sehe in seiner jetzigen Form vor, daß die Reparationsbank auch für Deutsch-land als Anleihevermittler benutzt würde.

60-jähriger Geburtstag des Reichsarbeits-ministers

Reichsarbeitsminister Rudolf Wissel feiert am heutigen Freitag seinen 60. Geburtstag. Er ist in Göttingen geboren und zuerst als Maschinenbauer und Dreher tätig gewesen. Er betätigte sich eifrig in der Gewerkschaftsbewegung und wurde 1901 Arbeitersekretär. 1918 kam er in den Reichstag, 1919 gehörte er zum Rat der Volksbeauftragten, war Mitglied der Nationalversammlung und danach des Reichstags, wurde im Juli 1919 Reichswirtschaftsminister. Über einen seiner Lieb-lingsgedanken, die Planwirtschaft, hat er damals eine Reihe von Veröffentlichungen verfaßt. Nachdem er als Wirtschafts-minister demissioniert hatte, war er bis Ende 1920 Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit Juni 1928 führt er als Nachfolger von Dr. Brauns das Reichsar-beitsministerium. Im Rahmen einer feierlichen Feier sprach heute, Freitag, früh, eine Vertretung der Beamten, An-gestellten und Arbeiter des Reichsarbeitsministeriums dem Reichsarbeitsminister die Glückwünsche seiner Mitarbeiter aus. Reichsarbeitsminister Wissel begibt sich am morgigen Sams-tag zu internationalen sozialpolitischen Besprechungen nach Genf.

Silberdings Staatsbesprechungen mit den Parteien

Reichsfinanzminister Dr. Silberding hat am Mittwoch die Besprechungen mit den Stenographenverbänden der Parteien begonnen und am Freitag fortgesetzt. Die Verhandlungen haben jedoch bisher noch nicht zu irgendwelchen Ergebnissen geführt. Die „Nationalist. Kor.“ schreibt dazu: Reichsfinanzminister Silberding folgt damit nicht nur einem Wunsch, sondern auch einem Rat der Deutschen Volkspartei, die nach wie vor der Überzeugung ist, daß der Etat verabschiedet werden kann und muß, ohne daß neue Steuern bewilligt und eingeführt wer-den. Da aber der Finanzminister selber der gegebene Spar-kommissar sein und bleiben muß, ist nichts natürlicher, als daß er auch die Führung in der Sparpolitik übernimmt und zunächst seine Sparvorschläge den Parteien unterbreitet. Die Parteien können aus Gründen der Loyalität wie der Zweck-mäßigkeit ihrerseits Sparvorschläge beispielsweise machen. Da-nach wird auch die Deutsche Volkspartei in den Besprechun-gen mit dem Reichsfinanzminister handeln. Nach wie vor bleibt es in erster Linie Sache der Regierung, insbesondere des Reichsfinanzministers, die Verabschiedung des Etats ohne neue Steuern durchzuführen.

Abbau von Reichsbahndirektionen

Zu den Nachrichten über den Abbau von Reichsbahndirektionen teilt das Reichsverkehrsministerium mit, daß die Angele-genheit durch einen Beschluß des Reichskabinetts dahin gere-gelt wurde, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft in das allgemeine Programm der Verwaltungsreform einzubeziehen ist, wonach sämtliche in Betracht kommenden Verwaltungen gemäß vorher zu treffender Vereinbarungen gemeinsam beim Abbau der Reichsmittelstellen vorzugehen haben und keine Ver-waltung durch Übernahme des Abbaues anderen vorgezogen soll. Diese Grundsätze sollen auch für die Reichsbahndirektionen gelten. Der Reichsverkehrsminister wurde ermächtigt, das weitere bei der Verwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu veranlassen. Der Reichsminister des Innern wird demnächst eine Besprechung der beteiligten Ressorts anberau-men, an der auch die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beteiligt werden wird.

Kein Anschlag auf Daladier

W.B. Paris, 8. März (Tel.) Das dementiert das von einem Teil der Notizenpresse wiedergegebene Gerücht von einem angeblichen Anschlagversuch eines Priesters gegen den radikalen Abgeordneten Daladier.

Ein englischer politischer Berater für China

W.B. Schanghai, 8. März (Tel.) Sir Frederic White, ehemaliger Vorsitzender der provisorischen, gesetzgebenden Ver-sammlung zwischen 1920 und 1925, hat den Posten eines poli-tischen Beraters der chinesischen Nationalregierung angenom-men, die diese Regierung ihm anfangs der Woche in einem „Tschianfai“-Unterzeichneten Brief angeboten hat. White wird kein Gehalt erhalten.

Die Verlunggeschäfte der Raiffeisenbank

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III Berlin ist laut „Voss. Ztg.“ der Russe Kralzew verhaftet worden. U. a. wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eröffnet, das sich auf seine Geschäfte mit der im Jahre 1925 in Schwierigkeit geratenen und inzwischen mit Hilfe der preussischen Zentral-genossenschaftskasse sanierten Raiffeisenbank-A.G., bezieht. Bei diesen Geschäften büßte die Raiffeisenbank Millionenbe-träge ein. Die Ermittlungen erstrecken sich jedoch nur noch auf Kralzew. Der Kreis der beteiligten Personen steht noch nicht fest. Es kommen wahrscheinlich auch frühere Angestellte der Raiffeisenbank als Mitbeteiligte in Frage.

Die Ausgestaltung der vatikanischen Stadt

Nach Blättermeldungen wird der Papst sofort nach Inkraft-treten der Lateranverträge für die vatikanische Stadt einen Zivilgouverneur ernennen, und zwar wird der Anwalt Ra-celli oder Marchese Caccetti diesen Posten erhalten. — Es werden alle Vorbereitungen zur Durchführung der Verträge getroffen. Die Zeitungen melden, daß der Papst in letzter Zeit den Architekten Luca Del Beltrami von Mailand und den Senator Marconi in Audienz empfangen hat. Beltrami wurde mit der Aufstellung eines Planes für die in der vatika-nischen Stadt vorzunehmenden bedeutenden baulichen Ver-änderungen beauftragt. Mehrere neben der Peterskirche stehende Häuser sollen abgebrochen und an ihre Stelle neue Paläste erstellt werden, die sich dem architektonischen Stil und der Linie des Vatikans streng anpassen. Marconi erhielt den Auf-trag zur Errichtung einer mächtigen Empfangs- und Sende-station in den vatikanischen Gärten.

Zimmer noch Wahlprüfungen. Der Reichswahlleiter ist im-mer noch mit der Nachprüfung der Wahlprotokolle und Stim-menzettel der letzten Reichstagswahl beschäftigt. Innerhalb sind namentlich Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei den Wahl-len in den Kreisen Niederachsen (Hannover), Westfalen und zwei bayrischen Wahlkreise. Diese Beschwerden dürften Mitte März, wahrscheinlich am 16. März, in einer Sitzung des Wahl-prüfungsausschusses, behandelt werden.

Stahlhelm und Wehrverbände. In einer in Berlin abge-haltenen Sitzung des Präsidiums der Vereinigten Vaterländi-schen Verbände, an der führende Vertreter aus allen Tei-len des Reiches, darunter auch der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant a. D. Dürstberg, teilnahmen, wurde einstimmig eine Reihe von Beschlüssen angenommen. Über das künftige Verhältnis der Wehrverbände zum Stahl-helm wird gesagt: „Die Zusammenfassung aller der politi-schen Kräfte im Reich hat in einer Organisation zu erfolgen, auch hier unter Wahrung des föderativen Prinzips. Diese Or-ganisation ist der Stahlhelm.“

Die Schweiz und der Zweikampf. Der schweizerische Na-tionalrat behandelte Donnerstagabend die Artikel des Straf-gesetzbuches über den Zweikampf. Die Herausforderung zum Zweikampf wird mit einer Geldbuße bestraft, der Zweikampf selbst mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren. Eine besondere Bestimmung ist für Studentenbelle vorgesehen, die mit Ver-rest oder einer Geldbuße bestraft werden. Die sozialistische Minderheit schlug vor, dieses Privileg für die Studenten zu streichen. Der Nationalrat schloß sich diesem Antrage an.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett und die Lage der Landwirtschaft. Unter dem Vorsitz des Reichslandwirts legte das Reichskabinett am Donnerstag die Aussprache über die Vorschläge des Reichs-ministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Behebung der Notstände der deutschen Landwirtschaft fort. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, da die Verhandlungen über diesen Gegenstand noch nicht abgeschlossen sind.

Der deutsch-schweizerische Schieds- und Vergleichsvertrag wurde vom schweizerischen Ständerat auf Antrag der Kom-mission einstimmig genehmigt.

München hat 710000 Einwohner. Im Jahresbericht des Sta-tistischen Amtes der Stadt München wird die Einwohnerzahl Münchens, die bei der Volkszählung im Juni 1925 680 704 betrug, und für Anfang 1928 auf rund 697 000, für Mitte 1928 auf rund 700 000 geschätzt worden war, für Ende des Jahres 1928 auf rund 710 000 berechnet.

Gescheiterte Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau. Nachdem die Bergarbeiterverbände das Wehrarbeitsabkommen im oberösterreichischen Bergbau zu Ende März gekündigt hatten, erfolgte seitens des Arbeitgeberverbandes eine Kündigung des Manteltariffs. Am Donnerstag haben in Wien über diese Fragen Verhandlungen stattgefunden, die ergebnislos abge-brochen wurden, so daß voraussichtlich von Arbeitseinstreuer der Schlichter angerufen werden wird.

Die sanitären Verhältnisse der französischen Garnisonen im besetzten Gebiet. Das französische Kriegsministerium hat eine Kommission eingesetzt, die eine allgemeine Untersuchung über die sanitären Verhältnisse der Truppen in den Gar-nisonen Ostfrankreichs und des Rheinlandes durchzuführen hat. Dieses Komitee, das unter dem Vorsitz von Marschall Pétain steht, ist nach Trier abgereist.

Inzulassung Deutscher als Besucher bei den gemischten Ge-richtshöfen in Ägypten. „Times“ meldet aus Kairo: Die ägypti-sche Regierung hat beschlossen, dem Eruchen der deutschen Regierung, deutsche Staatsangehörige unter den ausländi-schen Besuchern bei den gemischten Gerichtshöfen zuzulassen, stattzugeben, obwohl Deutsche nicht mehr die vorgesehene Son-derstellung genießen.

Die Abtreibung in der Schweiz. Nach längerer Debatte über die Frage der Straflosigkeit der Abtreibung im Falle eines Notstands der Mutter stimmte der schweizerische Natio-nalarat den Anträgen der Kommissionsmehrheit zu. Nach dem künftigen Strafgesetzbuch wird also die Abtreibung straflos bleiben, wenn sie von einem patentierten Arzt unter Zusie-hung eines amtlichen Arztes vorgenommen wird, um eine Le-bensgefahr oder schwere Gesundheitschädigung von der Frau abzuwenden.

Dr. Noos nach Befancon überführt. Der Autonomist Dr. Noos ist von Kolmar ins Gefängnis von Befancon überge-führt worden.

Die „Kattowitzer Zeitung“ zum 50. Male beschlagnahmt. Die Donnerstagsausgabe der „Kattowitzer Zeitung“ wurde we-gen eines Artikels von der polnischen Polizeibehörde Kattowitz beschlagnahmt. Diese Beschlagnahme ist seit dem Jahre 1925 die 50.

Sondertagung des amerikanischen Kongresses. Präsident Hoover hat zum 15. April eine Sondertagung des Kongresses einberufen.

Bei einem Brand in einer Autoausstellung in Los Angeles wurden 300 Autos zerstört.

Wie aus Athen gemeldet wird, wurde nach einer aufregen-den Jagd das ägyptische Schmugglerschiff „El Niah“ von einem griechischen Torpedoboot gestellt und in den Piräus eingeschleppt. Das Schmugglerschiff hatte Raubgüter im Werte von 50 000 Pfund Sterling an Bord.

Badischer Teil

Aus dem badischen Landtag

Die nächste Plenarsitzung des Landtages dürfte, wie gemeldet, kaum vor Mitte Mai stattfinden. Man rechnet nur noch mit wenigen Sitzungen, worauf der Landtag nicht etwa verlagert, sondern geschlossen werden soll. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß dieses Jahr das erste sein wird, in dem kein Nachtragset zu erwarten ist.

Baden im Reichshaushalt 1929

Im kommenden Reichshaushalt sind an verschiedenen Stellen Aufwendungen für das Land Baden vorgesehen. Von den besonderen Posten werden in einer Zusammenstellung des „Bad. Beobachters“ aufgeführt:

An Zuschußleistungen des Reichs zu den in Baden gelegenen Linien der **Strasbourg-Strassenbahn-Gesellschaft** (Kehler Bahn) 185 000 *RM*. Sodann sind recht erhebliche Aufwendungen erforderlich für die durch die neue Grenze gegen Frankreich erforderlich werdenden neuen **Grenzbahnhöfe**. Die rechtsrheinischen Grenzbahnhöfe werden nach einer Vereinbarung zwischen dem Reich und der Reichsbahn auf Kosten des Reiches eingerichtet werden, während die Deutsche Reichsbahn die Kosten für alle anderen Grenzbahnhöfe übernimmt. So kommt es, daß im neuen Reichsetat Mittel für Bahnhofsbauten in Baden angefordert sind. Und zwar für die Erweiterung des Grenzbahnhofs in **Reinach**, der zur Abwicklung des Grenzverkehrs unzulänglich ist, eine 1. Rate für Grundenerwerb und Erdarbeiten sowie zum Beginn der Gleisarbeiten in Höhe von 700 000 *RM*. Größere Verteilungen sind in Kehl erforderlich. Zunächst für Erweiterung der Güterhalle und Herstellung einer neuen Zolllinie am Grenzbahnhof Kehl 170 000 *RM*, für Änderung der Zollbarade auf dem Bahnh. in Kehl 150 000 *RM*. Weiter ist die Erbauung eines Zoll und Vertriebsbahnhofs in Kehl in Aussicht genommen; für Grundenerwerb und für den Beginn der Erarbeiten sind als 1. Rate 1,5 Millionen vorgesehen. Für Grundenerwerb und Herstellung einer Strassenunterführung für den Grenzbahnhof **Neuenburg** sind 140 000 *RM* und für den Grenzbahnhof **Wintertsdorf** zum Bau einer Strassenunterführung und für kleinere Reparaturarbeiten 100 000 *RM* angefordert.

Als Beihilfe des Reichs für den **Bau der Rheinbrücken bei Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Ragny** ist ein 3. Teilbetrag in Höhe von 72 000 *RM* vorgesehen. Die Kosten des Baus der drei Brücken in Höhe von rund 42 Millionen werden vereinbarungsgemäß zu je einem Drittel vom Reich, den Ländern Bayern und Baden und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft übernommen. In der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1929 sollen die dringlichen Arbeiten für den Bau der Brücken aufgenommen werden, nachdem die ausführlichen Entwurfsarbeiten abgeschlossen sind, und wenn bis dahin die Befugnisbehörden die immer noch ausstehende Zustimmung zum Bau der Brücken erteilt haben werden. Benötigt werden in diesem Rechnungsjahr voraussichtlich im ganzen 2,1 Millionen, von denen also 700 000 *RM* vom Reich aufzubringen sind. Da im vorigen Jahr 665 000 *RM* bewilligt wurden, wird dieser Betrag zusammen mit dem nun jetzt angeforderten von 72 000 *RM* als Anteil des Reiches angefordert.

An Bauten der Reichsfinanzverwaltung sind angefordert als Teilbetrag für den **Neubau des Finanzamtes in Forstheim** 174 000 *RM*; für den **Aufbau und Umbau eines Hauses** für das Finanzamt **Seidelberg** 241 000 *RM*. Zur Errichtung eines Neubaus für das Finanzamt **Schopfheim** als 1. Teilbetrag 150 000 *RM*. Die Gesamtkosten des letzteren Baus sind auf 244 000 *RM* veranschlagt; dabei stellt die Stadt den Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung. Für den **Aufbau und die Herichtung eines Gebäudes** für die **Zollabfertigungsstelle in Konstanz** (Alein Venedig) mit zwei Wohnungen 53 000 *RM*.

Sodann wird zur Fertigstellung des im Jahre 1927 mit dem Reichszuschuß von 850 000 *RM* begonnenen Neubaus des **Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung in Seidelberg** angefordert. Das Institut soll am 1. April 1929 in Betrieb genommen werden. Zur Bestreitung des Personal- und Sachauswastes der im Rahmen des Gesamtinstituts zu errichtenden Forschungsinstitute für Physik, Chemie, Physiologie und Pathologie ist ein **Reichszuschuß** von 460 000 *RM* in Aussicht genommen. Die Kosten für das Institut für Serologie in Verbindung mit den Instituten für Eiweißforschung und für Krebsforschung trägt nach den Erläuterungen des Reichshaushalts das Land Baden.

Die Eisverhältnisse auf dem Rhein

Wie aus Kehl gemeldet wird, konnten nach beinahe vierwöchiger Unterbrechung der Rheinschiffahrt wegen Eisganges am Dienstag die ersten Rheinschiffe wieder stromabwärts geschickt werden. Der Schlepplampfer der **Wasser Rheinschiffahrtsgesellschaft** verließ gegen 12 Uhr vormittags den **Strasbourg-er Hafen**. Die Fahrt geht vorläufig nur bis **Mannheim**, da der Verkehr weiter stromabwärts noch gesperrt ist, weil der Rhein noch nicht eisfrei ist. In Mannheim liegen zur Zeit eine Anzahl beladener Schiffe für den **Strasbourg-er Hafen**. Jedoch dürfte es noch einige Tage dauern, bis der erste Schlepplampfer von dort eintrifft, da die Bergfahrt wegen des niederen Wasserstandes äußerst ungünstig ist und wegen des noch vorhandenen Eisganges zu riskant erscheint.

Die Haupteiswachsstelle in **Koblentz** meldet, daß auf dem **Niederrhein** das Eis sowohl bei **Emmerich** am **Wittwochabund** vorübergehend, als auch **Donnerstag** vormittag bei **Kuhroort** in Bewegung gekommen ist, und nach der oberen Strecke zusammengezogen wurde, so daß die obere Strecke etwa bis **Alsum** reicht. Die Aufschubarbeiten werden voraussichtlich schnell fortgeschritten.

Hilfstag für das Grenz- und Auslands-Deutschtum

Nach den bis Ende 1928 eingegangenen Meldungen haben — wie der Verein für das **Deutschtum im Ausland** mitteilt — die anlässlich des **Hilfstages** in Baden durchgeführten Sammlungen für die **Erhaltung deutscher Kultur im Ausland** einen Reinertrag von über 55 000 Reichsmark — fünfundfünfzigtausend Reichsmark — erbracht. In dieser Summe sind die nachträglich am Ende des Jahres 1927 eingegangenen Beträge enthalten. In diesem schönen Ergebnis sind außer den **W.D.M.-Gruppen sämtliche Schulstatten des Landes** beteiligt. 32 612,02 *RM* wurden allein von 567 badischen Volksschulen gesammelt. Der Landesverband Baden des Vereins für das **Deutschtum im Ausland** (W.D.M.), Sitz **Weinheim** (Bergstraße), fühlt sich verpflichtet, allen, die in so opferwilliger Weise zum Gelingen des **Hilfstages** beigetragen haben, den herzlichsten Dank auszusprechen.

Badisches Bundesjägerfest in Freiburg

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat an die Kreis- und Stadtschulämter folgenden **Erlaß** gerichtet: Den Lehren, welche über Pflichten dieses Jahres an dem **badischen Bundesjägerfest** in **Freiburg** teilnehmen wollen, ist auf Ansuchen für **Samstag**, den 18. Mai, und **Dienstag**, den 21. Mai d. J., Urlaub zu gewähren, sofern Mitwirkung sich ermöglichen läßt.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe als Kongressstadt. Am 19. und 20. Mai findet in Karlsruhe die bedeutsame Tagung des **Österreichisch-deutschen Volksbundes** statt. Prominente Redner, wie Reichsjustizminister **Dr. Koch**, Berlin, Handelskammerpräsident **Dr. Red**, Frankfurt a. M. und Kommerzialrat **Julius Böhm**, Berlin, werden im Bürgeraal des Rathauses zu aktuellen Themen Stellung nehmen. — Unter den verkehrsbelebenden Veranstaltungen des Jahres 1930 dürfte wohl der „**Badenertag**“ im Juli das größte Interesse beanspruchen. Die Vorbereitungen sind jetzt schon in vollem Gange. — Als weitere Veranstaltung wurde nuncmehr der **Deutsche Rudertag** im September oder Oktober kommenden Jahres endgültig für Karlsruhe gewonnen. Die Tagung wird voraussichtlich von etwa 300 Delegierten aus allen Gauen Deutschlands besucht werden.

Hat die Kälte die Schnaken vernichtet? In den letzten Tagen wurde oft die Frage gestellt, ob durch die Kälte die Schnaken nicht vernichtet worden sind. Die Geschäftsstelle zur Bekämpfung der Schnakenplage in Bruchsal hat sich schon veranlaßt gesehen, in einem Rundschreiben vor solchen Vermutungen eindringlich zu warnen. Die in Kellern, Schuppen, Ställen und Kanälen überwinterten Schnakenweibchen ertragen jegliche Kälte, ja, sie können sogar fest- oder einfrieren, ohne Schaden zu leiden. Die Winterbekämpfung kann deshalb nicht gewissenhaft genug durchgeführt werden. Denn diese Schnaken werden, wenn die Witterung jetzt wärmer wird, in drei bis vier Wochen ihre Eier ablegen. Auch die im Gizaustand überwinterten **Wald- und Wiesenschnaken** überleben jede Kälte. Wenn bei beginnendem Tauwetter die **Tempel** in den Wäldern am Rhein und in der Ebene unter Wasser gesetzt werden, dann fliegen aus diesen Brutstellen Ende März oder Anfang April die Schnaken aus.

Badisches Landesheuer. Für die am Sonntag, den 10. März stattfindende Aufführung der beliebten **Vorburgoper „Der Wildschütz“** ist folgende Besetzung vorgesehen: die Damen **Blank**, v. **Ernst**, **Seiberlich**, **Magda Strad**, die Herren **Kaufmänn**, **Yndemann**, **Schulter**. An Stelle des plötzlich erkrankten **Serrn Derner** hat **Karlheinz Löser** die Partie des Grafen übernommen. Die musikalische Leitung hat **Josef Krups**, Regie führt **Otto Krauß**.

Die **Galerie Moos**, Kaiserstr. 187, eröffnet soeben ihre neue Sonderausstellung, welche in allen Räumen dem jetzt 60jährigen **Meister Jibus** gewidmet ist. Aus zahlreichen Reproduktionen kennen viele schon lange den Künstler, einen der großen Anreger! In dieser Ausstellung kann man zum ersten Male die Originalwerke dieses seltenen Künstlers in einer überwältigenden Schau sehen. Von **Jibus' Bildern** kann man wohl sagen: Der Himmel ist zur Erde niedergekommen, wir sehen die Seele des Menschen, Sterne, Sonnenchein, Licht und abermalis Licht!

Sarrasani kommt! Viele Jahre sind seit dem ersten **Sarrasani-Gaspiel** im deutschen Süden verfloßen, fast ein Vierteljahrhundert! Damals stand **Sarrasani** erst auf der ersten Stufe des Erfolges. Wer ihn nun demnächst wieder sieht, wird den **Sarrasani** von ehemals nicht wiedererkennen, denn gerade in den letzten Jahren hat das berühmte **Zirkusunternehmen** einen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, der in der deutschen Zirkusgeschichte einzig dasteht. **Sarrasani** will nun demnächst seine riesige, fliegende Zeltstadt auch in unserer Stadt aufbauen. Auf über 200 eigenen Automobilen rollt die „**Schönste Schau zweier Welten**“ — ein Ehrentitel, den sich **Sarrasani** in Südamerika erworben hat — hier ein. Im Glanze von 15 000 elektrischen Lampen wird seine **Niefernzeltstadt** aufleuchten. Ein gewaltiges Spielzelt, das größte **Winternachtzelt**, das je konstruiert wurde, fast 10 000 Zuschauer, mächtige Stallbauten für hunderte der seltensten, exotischen Tiere, **Garderoberäume** für Künstler aller Nationen und Farben gruppieren sich herum. Und was ganz besonders beachtet werden möge: **Sarrasani** führt alles nur in einer **Manege** mit 17 Meter Durchmesser vor. Er ist von jeher ein **Wegener** des amerikanischen Dreimannsystems gewesen. Mit dem größten **Zirkusdirektor** kommen 500 Affen und 400 Tiere aus aller Herren Ländern. Wir fügen hier nur an: 22 indische Elefanten, 16 Königstiger, 32 Löwen, Kamele, Eisbären, Zedras, Nilpferde, 250 Pferde und Hunderte von Chinesen, Indern, Negern, Indianern, Japanern, Marokkanern, Arabern, Malatinen. Volkstümliche Preise werden es jedem Bürger ermöglichen, diese sehenswerte Schau zu besuchen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Kern des westeuropäischen Hochdruckgebietes ist inzwischen nach Süddeutschland gezogen und ermöglicht damit den Durchbruch atlantischer Zyklogen südlich von Island. Die Auflockerung, die schon gestern beim Naherücken des Hochdruckgebietes einsetzte, hat in tiefen Lagen heute nacht wieder 3 bis 5 Grad Strahlungsfrost zur Folge gehabt; auf dem Feldberg trat Temperaturrückkehr ein (heute früh 1 Grad Wärme). Da der hohe Druck noch weiter nach Südost abzieht, steht für unser Gebiet **Zunahme** mit **weitere Erwärmung** in Aussicht. **Wetteraussichten für Samstag:** Meist heiter, trocken und am Tage mild, bei südwestlichen Winden, nachts stellenweise noch leichter Strahlungsfrost.

Kleine Chronik

In **Berlin** begann die Verhandlung gegen die **Schlächterfrau Christine Heibud**, die angeklagt ist, ihre **Schwägerin**, die Witwe **Birner**, durch **Beitriebe** getötet zu haben. Die Angeklagte hatte mit der **Witwe** ihres Mannes, unaufrichtig Streit und Arg, da diese ihrem Bruder die **Wirtshaft** geführt hatte und es seit deren Übernahme durch **Frau Heibud** vielfach zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Frauen kam.

In **Crimmitschau** (Sachsen) stürzte unter donnerähnlichem Getöse ein Teil des **Fabrikgebäudes einer Tuchfabrik**, die etwa 130 **Webstühle** hat, ein. Die **Webstühle** und andere **Maschinen** bilden mit dem **Mauerwerk** einen **haushohen Trümmerhaufen**. Ein Arbeiter wurde mitgerissen und erlitt schwere Verletzungen. Das Unglück ist auf Folgen der **Kälte** zurückzuführen.

Am **Vindenburg-Damm** der vom Festland nach **Sylt** führt, haben sich **gewaltige Eismassen** zusammengehoben. Es besteht die Gefahr, daß sich bei eintretendem **Westwinde** und **Stauwasser** das Eis über die **Dammkrone** schiebt und **Zerstörungen** anrichtet.

In **Breslau** wurde im **Nikolaitorviertel** die 53jährige **Arbeiterehefrau Olga Grundt** **ermordet** aufgefunden. Vermutlich handelt es sich um **Raubmord**.

In **Saarbrücken** drang der 23jährige **Schuhmacher Bippel** in die **Wohnung** seiner **Schwiegermutter**, mit der er sich **zweit** hatte, ein und gab auf die 46jährige **Frau** und ihren 13jährigen **Sohn** je einen **Revolver** ab. Das **Geschöß** drang der **Frau** in den **Mund**, während der **Knabe** am **Kopf** und am **Unterleib** getroffen wurde, so daß er **balb** darauf **starb**.

In **Oberhofen** im **Kanton Bern** ist ein **großes Baugeschäft** niedergebrannt. Der **Schaden** beträgt 300 000 **Franken**.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 8. März. Die Verhandlung im **Gewerbeamt**prozeß, die bisher recht nüchtern verlief, brachte gestern die erste **Sensation**. Bei Vernehmung des **Angeklagten Brauch** wurde durch den **Schriftführer** **Polizei** **Niedinger** aus **Karlsruhe**, festgestellt, daß eine **Unterschrift** des in den **Tod** gegangenen **Reininger** unter einem **Schriftstück** gefälscht worden ist. Man hält es für **wahrscheinlich**, daß **Brauch** die **Unterschrift** gefälscht hat, und zwar im **Verlaufe** der **letzten** drei **Monate**. Der **Staatsanwalt** beantragte einen **neuen** **Saftbefehl** wegen **Fluchtgefahr**, die bei der **Höhe** der zu **erwartenden** **Strafe** bestehe. Das **Gericht** gab diesem **Antrage** statt und ließ den **Angeklagten Brauch** in die **Untersuchungs-**haft **zurückführen**.

11d. Mannheim, 5. März. Wie in anderen Gauen **Deutsch-**lands hat auch der **Gauverband Baden** des **Reichsbanners** die **gesamten** **Ortsgruppen** des **Landes** angewiesen, bei **Dach-**fergefahr unverzüglich für die **Hilfeleistung** zur **Verfügung** zu **stehen**. Die **Reichsbannerformationen** werden bei **eintretenden** **Notsfällen** den **vorgeordneten** **Behörden**, wie **Bürger-**meisterämter, **Polizeior-**gane, **Feuerwe-**hre usw., **unterstellt**.

D3. Leopoldshafen, 6. März. Die **fliegende Brücke** **Leopoldshafen-Keimersheim** hat ihren **Betrieb** wieder **aufge-**nommen, da der **geringe** **Eisgang** den **Betrieb** in **keiner** **Weise** **gefährdet**.

11d. Neumühl (bei Kehl), 8. März. Die **große** **Eisstaunung** am **hiesigen** **Kinzigtweh** nahm **schließlich** einen **derartig** **bedroh-**lichen **Umfang** an, daß eine **Sprengung** **vorgenommen** werden **mußte**. Dabei **wurde** **aber** **auch** **un-**gewollt die **linke** **Hälfte** des **Stauweh-**rs **weggerissen**, so daß das **ganze** **Stau-**becken **leer** lief. Da auch die **Zuleitungs-**kanäle zu den **einzel-**nen **Mühlen** der **Umgebung** **nummehr** **ohne** **Wasser** **lauf-**ten, so **ist** **mit** **recht** **erheblichen** **wirtschaftlichen** **Schäden** zu **rechnen**. Durch die **Gewalt** der **Sprengung** **wurden** **auch** **hier** **in** **un-**mittelbarer **Nähe** **benachbarte** **Häuser** **mehr** **oder** **weniger** **be-**schädigt.

D3. Freiburg, 6. März. Die **Hauptstelle** für **Pflanzen-**schutz am **Badischen** **Weinbauinstitut** **veranstaltet** **am** **Dien-**stag, 12. März, wiederum einen **Kurs** über **„Neuzüchtete** **Bekämpfung** der **Obstbaumkrankheiten** und **„Schädlinge“**.

D3. Freiburg, 8. März. Das **Urteil** im **Freiburger** **Natio-**nalsozialistenprozeß **wird** **am** **heutigen** **Freitag** **nachmittag** **verkündet**.

D3. Stuttgart, 7. März. Am 16. und 17. März **veranstaltet** der **Landesverband Baden-Württemberg** des **Stahlhelm**, **Bund** der **Fronksoldaten**, in **Stuttgart** einen **Stahlhelmtag**. **Auch** der **Führer** **Franz** **Seldte** **wird** **am** **an-**wesend **sein** und **am** **Sams-**tagabend in der **Riederhalle** **reden**.

D3. Ludwigshafen a. Rh., 8. März. **Reichsinnenminister** **Severing** **wird** **am** **Tage** der **Einweihung** des **Ebertdenkmal**s im **Ludwigshafener** **Ebertpark** **Ludwigshafen** **besuchen** und die **Beisitzer** **halten**. Die **Einweihung** **findet** **voraussichtlich** **am** **30. Juni** **statt**.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.62	168.96	168.67	168.01
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.43	112.23	112.45
Italien . . . 100 L.	22.04	22.08	22.05	22.09
London . . . 1 Pfd.	20.427	20.467	20.431	20.471
New York . . . 1 D.	4.2110	4.2190	4.2110	4.2190
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.98	81.15	80.90	81.06
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.175	59.295
Bras . . . 100 Kr.	12.448	12.468	12.464	12.484

Der **Privatdiskont** ist für beide Sichten auf 6% **Proz.** **er-**höht **worden**.

Der **Londoner Feingoldpreis**. Nach einer **Bekanntmachung** des **Reichsbankdirektoriums** vom 6. März d. J. beträgt der **Londoner Goldpreis** für eine **Unze** **Feingold** bis auf **weiteres** 84 sh 10¹/₂ d. bzw. für ein **Gramm** **Feingold** 32,7576 pence.

Der **Großhandelsindex**. Die für den **Monatsdurchschnitt** **Februar** **berechnete** **Großhandelsindexziffer** hat sich mit 139,3 **gegenüber** dem **Vormonat** um 0,3 **Proz.** **erhöht**.

Der **Verkehr** in den **Mannheimer** **Häfen** im **Februar**. Die **Witterungsverhältnisse** und der **Wasserstand** **verschlechterten** sich zu **Anfang** des **Monats** so sehr, daß am 4. **Februar** die **Schiffahrt** **auch** **auf** dem **Rhein** **ganz** **eingestellt** **werden** **mußte**. Bis zur **völligen** **Einstellung** der **Schiffahrt** **kamen** **an**: 17 **Güterboote** und 132 **Schleppdähne**, und **gingen** **ab**: 12 **Güterboote** und 83 **Schleppdähne**. Der **Güterumschlag** **betrug** **im** **ganzen** **63 227** **Tonnen** (i. V. 460 413 **Tonnen**). **Ankunft** 59 482 **Tonnen**, **Abgang** 2804 **Tonnen**. Die **noch** **in** den **Fluß-**häfen (**Rhein** und **Redar**) **gelegenen** **Fahrzeuge** **suchten** **am** 4. **Februar** **fast** **alle** **in** den **inneren** **Hafenbecken** **Schutz**. Es **überwinterten** **zur** **Zeit** **in** den **Mannheimer** **Häfen** 419 **Schiffe**. **Davon** **entfallen** **nach** der **Nationalität**: **auf** **Deutschland** 308, **Holland** 69, **Frankreich** 19, **Belgien** 7, **Schweiz** 13, **Lugem-**burg 1.

Württembergische Landeselektrizitäts-A.G., Stuttgart. Das **Unternehmen** hat sich **entschlossen**, der **Deutschen** **Elektrizitäts-**wirtschaft **A.-G.** (der **Dachgesellschaft** der **bayerischen**, **preuß-**ischen und **Reichswerke**) **beizutreten**. **Schon** **bei** der **Grün-**dung **letzterer** **Gesellschaft** **war** der **Beitritt** der **Württemberg-**ischen **Landeselektrizitäts-A.G.** **vorgesehen**; er **wurde** **aber** **damals** **zurückgestellt**. Das **Zustandekommen** der **Westdeut-**schen **Elektrizitätswirtschaft A.-G.** hat **nuncmehr** **den** **Aufsicht-**rat des **württembergischen** **Unternehmens** **veranlaßt**, **sich** **mit** **5** **Proz.** **an** der **Deutschen** **Elektrizitätswirtschaft A.-G.** **zu** **be-**teiligen. Es **erhält** **ferner** **einen** **Sitz** **im** **Aufsichtsrat** **letzterer** **Gesellschaft**.

Basel, der große Markt für Meeresfische. **Basel** **ist** **der** **größte** **Fischmarkt** **der** **Schweiz** **und** **sogar** **einer** **der** **wichtigsten** **Europas**, **nicht** **zuletzt** **wegen** **des** **starken** **Verbrauchs** **in** den **schweizer-**ischen **Hotels** **während** der **Touristen-**saison. **In** den **Jahren** 1927 und 1928 **betrug** die **Einfuhr** **von** **frischen** **Fischen** **jeweils** **gegen** **24 000** **Zentner** **mit** **einem** **Wert** **von** **über** **4** **Millionen** **Schweizerfranken**. **Deutschland** **und** **Frankreich** **sind** **die** **hau-**pt-sächlichsten **Lieferanten**. Der **Fisch** **gelangt** **auf** **schnellstem** **Wege** **nach** **Basel**, **wo** **er** **so** **gleich** **unter** **die** **dortigen** **Großhän-**dler **verleilt** **wird**, **welche** **ausgedehnte** **Kühlanlagen** **besitzen**. **Sod-**ann **wird** **der** **Fisch** **dank** **einer** **sorgfältig** **durchdachten** **Organi-**sation **in** **kurzer** **Zeit** **in** der **ganzen** **Schweiz** **herum** **und** **bis** **in** **die** **entlegenen** **Höhenkurorte** **verleilt**.

Der **etwa** **40jährige** **Ministerialamtmann** **am** **thüringischen** **Finanzministerium**, **Kurt** **Möslung**, **wollte** **am** **Mittwoch** **in** **seiner** **Wohnung** **in** **Weimar** **seinen** **Revolver** **entladen**. **Dabei** **ging** **ein** **Schuß** **los** **und** **traf** **seine** **Frau** **in** **den** **Kopf**, **so** **daß** **sie** **tot** **zusammenbrach**.

Staatsanzeiger

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Verlegt:
Die Justizobersekretäre Wilhelm Bichhoff beim Amtsgericht Buchen zum Amtsgericht Freiburg, und Ludwig Schroy beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Buchen; die Kanzleiassistenten Emil Preis bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Amtsgericht daselbst, Florian Decker beim Amtsgericht Offenburg zur Staatsanwaltschaft daselbst.
Entbunden auf Ansuchen:
Fabrikdirektor Eduard Kühn in Ettlingen von seinem Amte als Handelsrichter bei den Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 9. März bis 19. März 1929
Im Landestheater:
Samstag, 9. März. * E 18. Th.-Gem. 201-300 und 1501 bis 1550. Reinen aus Irland. Lustspiel von Kamare. 20 bis 22 1/2 (5 M).
Sonntag, 10. März. Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der fliegende Holländer. Von Wagner. 15 bis 17 1/2 (4 M).

Abends: * A 19. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Neu einstudiert: Der Wildschütz. Komische Oper von Vorping. 19 1/2 bis 22 1/2 (8 M).
Montag, 11. März. Th.-Gem. 1. S.-Gr. 8. Sinfoniekonzert. Leitung: Josef Krips. Solist: Béla Bartók (Klavier). 20 bis 22 (4 M).
Dienstag, 12. März. * G 18. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte). und 101-200. Die Insel der Toten. Oper von Jádor. Hierauf: Petrusfata. Ballett von Strawinsky. 20 bis nach 22 1/2 (7 M).
Mittwoch, 13. März. * B 19. Th.-Gem. 301-450. Lustspiel von Molière. Hierauf: Sganarelle. Lustspiel von Molière. 20 bis 22 1/2 (5 M).
Donnerstag, 14. März. * D 20 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 451-600. Reinen aus Irland. Lustspiel von Kamare. 20 bis 22 1/2 (5 M).
Freitag, 15. März. Volksbühne 3. Boccaccio. Komische Oper von Suppé. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis 22 1/2 (7 M).
Samstag, 16. März. * C 19. Th.-Gem. 701-800. Zum ersten Male: Die große Gebammenkunst. Komödie von Waller. 20 bis geg. 22 1/2 (5 M).
Sonntag, 17. März. * E 19. Th.-Gem. 1-100 und 601-650. Ein Maskenball. Oper von Verdi. 19 1/2 bis 22 1/2 (8 M).
Montag, 18. März. * G 19. Th.-Gem. 801-900. Die große

Gebammenkunst. Komödie von Waller. 20 bis geg. 22 1/2 (5 M).
Dienstag, 19. März. Volksbühne 3. Boccaccio. Komische Oper von Suppé. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 bis 22 (7 M).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 10. März. * Durra — ein Junge. Schwanf von Arnold und Bach. 19 1/2 bis geg. 22 (4,10 M).
Sonntag, 17. März. * Durra — ein Junge. Schwanf von Arnold und Bach. 19 1/2 bis geg. 22 (4,10 M).
Dienstag, 19. März. * Gastspiel des Städtischen Theaters in Karlsruhe: D' Parifer Reif. Lustspiel von Stoskopf. 19 1/2 bis nach 22 (4,10 M).
Umtausch für Anhänger von Modestien: Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr.
Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.
Kartenvorverkauf: Vorverkaufskasse des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Kunstfestsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus
Freitag, 8. März bis Donnerstag, 14. März jeweils 20.15 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr, Sonntag nur 16 Uhr
ERSTAUFFÜHRUNG
Ein Grab am Nordpol
Ein Stück aus dem weltgeschichtlichen Kampf um den Nordpol. Die erschütternde Auffindung der Überreste der Steffansonschen Expedition, die in Nacht und Eis zugrunde gegangen war.
MUSIKBEGLEITUNG 380
Kartenvorverkauf: Musikhaus F. Müller, Kaiserstr.

Wir üben die Rechtsanwaltspraxis gemeinsam aus
Hugo Marx
Paul Ebertsheim
Rechtsanwälte
Kanzlei: Kaiserstraße 122

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Sonne über Karlsruhe

und Osterfreude in jedes Heim durch unser



Anzahlung, Monatsraten.
Beamte, Festangestellte, und alte Kunden ohne jede Anzahlung
1. Rate: 1. April.
HERREN, DAMEN, KINDER-KONFEKTION.
HERRENMASSABTEILUNG
Herrenmodeartikel, Wäsche, Gardinen, Teppiche u.s.w.

„De Be Ge“ Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m.B.H.
KARLSRUHE VB. / KRONENSTR. 40

Heute morgen wurde uns durch einen plötzlichen Tod meine liebe Frau, unsere Mutter und Schwester

Anna Hirsch

geb. Bornschein
nach kurzer Krankheit entrissen.

Karlsruhe, den 7. März 1929.
Hans-Thoma-Straße 4

Dr. Fritz Hirsch
Ministerialrat und Professor

Die Einäscherung findet auf Wunsch der Entschlafenen in aller Stille statt. 379

Gemeindeparkasse Sandhausen
Bilanz auf 31. Dezember 1927

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
Kassenbestand	14 803,66	Spareinlagen	333 900,36
Guthaben bei Banken	25 779,84	Giroeinlagen	71 276,87
Wertpapiere	14 291,—	Anlehenskapitalien	242 329,07
Darlehen auf Hypotheken	278 313,85	Rücklagen für Aufwertung	12 129,72
Schuldscheine	156 754,27	Ausgabenrückstände	333,33
Kredite in lfd.		Gewinn von früheren Jahren	19 700,10
Rechnung	181 520,27	Gewinn vom lfd. Jahr	10 787,86
Einnahmerückstände	18 989,42		
Gerätschaften	1,—		
Grundstücke	1,—		
Summa	690 457,31	Summa	690 457,31

Sandhausen, den 6. März 1929. 682
Der Verwaltungsrat: Matern. Der Geschäftsleiter: Rafner. Der Kontrollleur: Herzog.

Die Bildung eines Sachausschusses für Angestellte beim Arbeitsamt Karlsruhe.
Die wirtschaftlichen (tariffähigen) Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hiermit aufgefordert, an den Unterzeichneten bis zum 16. März 1929 Vorschlagslisten zur Bildung eines Sachausschusses für Angestellte einzureichen. Die Zahl der Beisitzer wird vom Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes noch endgültig festgesetzt werden. Einsteuieren sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 5 Vertreter vorgesehen. Der Tätigkeitsbereich der Abteilung für Angestellte, für die der Sachausschuss bestellt werden soll, umfasst die Arbeitsamtsbezirke Baden-Baden, Bruchsal, Karlsruhe, Rehl, Offenburg, Forzheim und Rastatt; soweit technische Angestellte in Betracht kommen, die Bezirke der Arbeitsämter, die im Lande Baden ihren Sitz haben.
D.687
Nähere Auskunft, insbesondere über die Gestaltung der Vorschlagslisten, erteilt das Arbeitsamt Karlsruhe. Der Vorsitzende des Arbeitsamts Karlsruhe.

Galerie Moos
Kaiserstraße 187
Sonderausstellung
Fidus
Originalwerke
Geöffnet: von 9-1 und 2-6 Uhr
Sonntags von 11-1 Uhr 372

Garantiert
Ziehung 15 u. 16. März
Zusenhofener
Geld-Lotterie
Gesamt-Gewinne
12500
Höchstgewinn
6500
Hauptgewinn
4000
Preis 1: M. 11 Stück 10.- M. Porto u. Liste 30.- bei
Stürmer
Postsch. 17043 K. rube
u. alle Verkaufsstellen

m. b. S. in Karlsruhe, Rippurrer Straße 18, wurde heute nachmittag 5.15 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Wilmst, hier, Kaiserstr. 86. Konkursforderungen sind bis zum 27. März 1929 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: **Mittwoch, den 3. April 1929, vormittags 9 1/2 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: **Mittwoch, den 24. April 1929, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestr. 4, 2. Stock, Zimmer Nr. 185. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an die Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 27. März 1929 anzuzeigen. Karlsruhe, 6. März 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

Badisches Landestheater
Samstag, 9. März
* E 18 Th.-Gem. 201-300 und 1501-1550
Reinen aus Irland
von Kamare
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Genter, Quaiser, Willer, Vorfelb, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Jakob, Just, Keinath, Kloebe, Kuhne, Meiner, Müller, Brüter, Schneider, Schulze, v. d. Trend, Wiesel
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise A (0,70-5,00 RM)
So. 10. März, nachmittags:
Der fliegende Holländer
abends: neuinstudiert:
Der Wildschütz,
im Konzerthaus:
Durra — ein Junge
Mo. 11. März, 8. Sinfoniekonzert
Die. 12. März, Die Insel der Toten, hierauf: Petrusfata

Arbeitsvergebung.
Die Grab-, Fels-, Rohrvergearbeitung und Herstellung der Schächte zur Kanalisation der Hauptstraße ist zu vergeben. Angebotsformulare gegen 1 RM Selbstkosten, Pläneinsichtnahme u. Auskunft beim Stadtbauamt. Einreichetermin und Eröffnung der Angebote, letztere mit Aufschrift „Kanalisation“ versehen, am Montag, den 18. März 1929, vorm. 11 Uhr. D.681
Gemeinderat Trüberg.

Colosseum
Monat März täglich 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
Schmitz-Weißweiler
die besten Komiker
„In Sachen Hermann“